



© Rainer Sturm / Pixelio - www.pixelio.de

BESCHÄFTIGTE KÄMPFEN UM IHRE ARBEITSPLÄTZE – SPARKASSE BAD KISSINGEN PLANT DIE STREICHUNG JEDES FÜNFTEN ARBEITSPLATZES

AUSNAHMEZUSTAND IN BAD KISSINGEN

Die Bombe platzte im Februar 2005. Bis Ende 2006 soll in der Sparkasse jede fünfte Arbeitsstelle eingespart werden. In konkreten Zahlen: Die Sparkasse will sich von 90 Vollzeit-arbeitsplätzen bei rund 440 Angestellten kurzfristig trennen. Dabei geht der Vorstand mit zweifelhaften Methoden vor.

„Versuche, Personal einzusparen oder Geschäftsbereiche auszulagern sind keine neue Erscheinung“, erklärt Reinhold Schömig, vor Ort zuständiger ver.di-Gewerkschaftssekretär für die Sparkasse Bad Kissingen. „Aber was da im Moment in Bad Kissingen abgeht, das ist heftig“.

Das Konzept liefert die „z e b“

Der Vorstand holte sich zur Steigerung der Rentabilität der Sparkasse gleich zwei Unternehmensberatungsfirmen ins Haus. Die Firmen Muth & Partner und „z e b“.

Die Sanierer in Bad Kissingen kamen nach durchleuchten der Bank zu dem Ergebnis, dass 90 Arbeitsplätze im Vertrieb, Marketing und im Stab abgebaut werden müssen, wenn das ehrgeizige Rentabilitätsziel erreicht werden soll. Die Ermittlung der Personalbedarfswerte ist dabei nicht nachvollziehbar und konnte auch nicht nachgefragt werden. Wie sich der Vorstand die Umsetzung vorstellte, folgte auf dem Fuße. Der Verwaltungsrat unter dem Vorsitz des Landrates lässt dem Vorstand und die Sanierer leider ungehindert walten. Eine Personalvertretung im Verwaltungsrat ist in Bayern nicht gegeben.

Reise nach Jerusalem – oder mein Stuhl ist weg

Der Vorstand wollte ein Auswahlverfahren, das sogenannte „Kaskadenprinzip“ anwenden. Kinder kennen es als „Reise nach Jerusalem“.

Die Stühle, auf denen momentan alle Mitarbeiter/innen sitzen, werden erst einmal abgeräumt. Hierarchisch gestaffelt sollen sich dann alle, ob Führungsmitglieder, Abteilungsleiter und zuletzt die übrigen Mitarbeiter/innen, noch ungekündigt, neu auf ihren, wie auch auf noch zwei andere Arbeitsplätzen, zu meist schlechteren Konditionen bewerben dürfen.

Der Vorteil für den Vorstand liegt auf der Hand: Er umgeht damit die „leidige Mitbestimmung“ des Personalrates in Sachen personelle Maßnahmen und er definiert Arbeitsplätze so um, dass der bisherige Inhaber dem Anforderungsprofil nicht mehr entspricht.

Die Mitarbeiter, die nicht mehr gewollt sind, fallen damit ungeschützt in die „Transferabteilung“. Transferabteilung steht sachlich geschrieben für eine „Abschiebeabteilung“ mit dem Ziel der späteren „Freisetzung“, also Entlassung oder Auflösung des Arbeitsverhältnisses mit der Sparkasse.

Kein wilder Westen

Nach den Plänen der Vorstände sollte die „Neuausrichtung“ bereits bis Ende 2006 abgeschlossen sein. Aber daraus wird nichts. Denn die Unternehmensberater hatten eines übersehen: Im Westen gelten andere tarifliche Kündigungsschutzbestimmungen als in den Neuen Bundesländern. Ältere Arbeitnehmer haben

einen besonderen Kündigungsschutz nach dem Tarifvertrag. Aber genau diese Personengruppe war hauptsächlich die Zielscheibe des Vorstandes. Damit geriet die Sache ins Stocken.

Personalrat widerspricht der „Neuausrichtung“

Der Personalrat, der während dieser Phase immer wieder unter größten Anstrengungen und Auseinandersetzungen seine Informationsansprüche und Mitbestimmungsrechte einfordern musste, weil hier nach Gutsherrenart verfahren wurde und Mitbestimmung offenbar ein Fremdwort für den Vorstand war, hat der „Neuausrichtung“ widersprochen.

Die Bank ist weder notleidend, noch hat sie zuviel Personal an Bord. Sie ist gut aufgestellt und liegt nachweislich im guten Mittelfeld in Bayern.

Arbeitnehmervertreter hofften auf eine vorübergehende Atempause

Gemeinsam mit ver.di und der Kanzlei Spengler (WG) konnte das Vorhaben der Vorstände vorübergehend gestoppt werden. Mittlerweile wurde eine vorläufige Dienstvereinbarung abgeschlossen, die bis zum Ende des Jahres keine betriebsbedingten Kündigungen zulässt und Abfindungen für diejenigen vorsieht, die freiwillig gehen wollen.

Trotzdem erhöht der Vorstand den Druck auf die Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, besonders auf solche, die nicht mehr in das Konzept passen, kurzfristig einen Aufhebungsvertrag zu unterschreiben.

Die Abteilungsleiter besitzen mittlerweile Listen mit Personalvorgaben

und wurden für das „Rausdrücken“ der übrigen Mitarbeiter von z.e.b. geschult.

Nach wie vor ist das Ziel des Personalrates und von ver.di der langfristige Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen, Besitzstandsrechte und sozial vertretbarer neuer Auswahlrichtlinien. Auch Auszubildende sollen wieder übernommen werden. Der Weg ist steinig, denn dem Vorstand fehlt aus Sicht vieler Beschäftigter die soziale Verantwortung für ihre Lage, ihre Ängste und der ihrer Familien!

Beschäftigte kämpfen gemeinsam mit ver.di für den Erhalt der Arbeitsplätze – großer Mitgliederzuwachs

Solidarität wird groß geschrieben in Bad Kissingen. Die Mitarbeiter/innen haben erkannt, dass nur gemeinsam das Ziel eines „Beschäftigungssicherungsvertrages“ erreicht werden kann. Inzwischen hat sich die Mitgliederzahl von ehemals 30 auf 270 erhöht. Die Sparkasse ist damit die Mitgliederstärkste in ganz Bayern.

Fast jede Woche tagen die Vertrauensleute. Mittlerweile wurden Mitgliederversammlungen durchgeführt, die mit fast 230 Anwesenden

immer toll besucht waren. Solidarität und Verbundenheit zeigte der Vorsitzende des Bundesfachgruppenvorstandes Werner Abmann, als er in einer der Versammlungen über seine Erfahrungen bei Neustrukturierung und über den neuen „TVOD“ referierte und den Beschäftigten Mut zusprach.

„Wir hoffen“, so Schömig, „dass wir unser großes Ziel gemeinsam erreichen. Gemeinsam mit der Hilfe aller Beschäftigten, der Bevölkerung in der Region und den politischen, mit sozialer Verantwortung ausgestatteten, Mandatsträgern der Region. Sehr viele Sparkassen in Bayern und auch aus anderen Bundesländern haben bereits ihre Solidarität bekundet und werden, wenn ver.di zu weitergehenden Aktionen aufrufen muss, mit dabei sein.“

Die ver.di-Landesfachgruppe Bayern und die ver.di-Bundesfachgruppe Sparkassen unterstützen ebenfalls die „Kissinger“. „Sparkassen – Gut für Deutschland“ muss auch heißen für die Beschäftigten! Diese Philosophie darf nicht nur Sonntagreden vorbehalten sein, sondern muss auch vorbildhaft von den Vorständen gelebt werden.

Daran erinnern wir den DSGV genauso wie in diesem Fall den Präsidenten des Bayerischen Sparkassen und Giroverbandes Herr Dr. Naser, der erst kürzlich in einer Pressemitteilung erklärte: „Die Sparkassen kündigen nicht betriebsbedingt“, so Gerald Herrmann, in ver.di zuständiger Bundesfachgruppenleiter Sparkassen.



ver.di-Mitgliederversammlung der Sparkasse Bad Kissingen